



Pressemitteilung

Bayerischer Lehrer- und
Lehrerinnenverband e.V.

Pressereferat

Nr. 37

München, den 19.09.2014

Bavariaring 37
80336 München
Postfach 15 02 09

Tel. 089/721001-28
Fax 089/721001-55
presse@bllv.de
www.bllv.de

BLLV fordert: Schulen besser ausstatten!

Weil zu wenig investiert wird, büßen Schulen an Attraktivität ein - Die Folge: Schüler wechseln in private Einrichtungen / Präsident Wenzel warnt vor Zwei-Klassen-Bildung

Pressereferentin
Andrea Schwarz M.A.

München - Wenige Tage nach Schulbeginn hat der Präsident des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes (BLLV), Klaus Wenzel, die Staatsregierung aufgefordert, Schulen besser auszustatten. „Mehr Personal, ausreichend Zeit, verbesserte Lern- und Arbeitsbedingungen müssen auf der schul- und bildungspolitischen Agenda ganz oben stehen“, erklärte er heute in München. Der Ausbau von Ganztagsangeboten, die Umsetzung der Inklusion, die Einführung des Neuen LehrplanPlus an den Grundschulen, die zu großen Klassen an den Realschulen sowie die Neugestaltung des Gymnasiums erforderten Investitionen in Milliarden Höhe. Die Gelder blieben jedoch aus. Wenzel befürchtet stattdessen erneute Unterrichtsausfälle. Immer mehr Eltern, die es sich leisten könnten, würden ihr Kind daher in alternative Bildungseinrichtungen geben. Dieser Trend muss aus Sicht des BLLV gestoppt werden. „Er befördert Bildungsungerechtigkeit, erschwert Zugänge und befeuert Ausgrenzungsmechanismen.“

Privatschulen haben auch in Bayern großen Zulauf. Derzeit besucht etwa jeder siebte Schüler eine private Schule, jede fünfte Schule wird nicht mehr von der öffentlichen Hand getragen. Laut Jako-o –Studie - sie wurde vor einigen Tagen in Berlin veröffentlicht - geht die Mehrheit der Mütter und Väter davon aus, dass Kinder an Privatschulen besser gefördert werden.*

„Private Bildungseinrichtungen, dazu zählen auch Kindertagesstätten oder Hochschulen, sind in der Regel tatsächlich gut ausgestattet“, sagte Wenzel. In der Regel ermögliche dies auch eine bessere Förderung der Schüler. „Die attraktiven Angebote können sich aber nur die leisten, die sie auch bezahlen können.“ Für den privaten Schulbesuch müssen Familien im Schnitt 150 Euro monatlich ausgeben. Wenzel warnte davor, dass die damit verbundenen Aus- und Abgrenzungstendenzen das Konfliktpotential einer Gesellschaft befördern könnten. Zumal - gerade auch in Bayern - die in zahlreichen Studien immer wieder belegte und bemängelte Bildungsungerechtigkeit hoch sei. Viele Eltern, die ihr Kind in eine private Bildungseinrichtung geben würden, seien sich der Zusammenhänge bewusst, würden aber trotzdem keine Alternative sehen - auch das sei ein Ergebnis der Studie.

Am Beispiel Medienerziehung wird das Missverhältnis anschaulich: Während private Schulen bestens mit Computern versorgt sind, hinken die öffentlichen hinterher. Die Folge: der Einsatz von Computern kommt zu kurz. „Das hat natürlich unmittelbare Auswirkungen auf die Qualität des Lernens“, erklärte der BLLV-Präsident.

Laut einer Anfrage der SPD vom Juli dieses Jahres verfügen außerdem über 1100 öffentliche Schulen über einen nur sehr langsamen Internetanschluss. Die Übertragungsrate liegt bei einem Megabit (MBit/s). Zugriff auf eine schnellere DSL-Breitbandverbindung gibt es keinen. Eine Reihe sinnvoller und unterstützender Angebote wie z.B. MEBIS, der offiziellen Lernplattform des Landesmedienzentrums, können daher nicht genutzt werden. „Dieses Beispiel zeigt, wie schnell öffentliche Schulen von privaten Einrichtungen abgehängt werden können“, sagte Wenzel.

Ähnliche Entwicklungen zeichneten sich beim Thema Ganztagschule ab: Auch hier seien kommerzielle Anbieter mit rhythmisierten Angeboten und bester Ausstattung klar im Vorteil. Hinzu komme das Problem des Personalmangels: „An den öffentlichen Schulen fällt wegen fehlenden Personals sehr viel Unterricht aus, Lehrerinnen und Lehrer können zusätzliche Angebote nicht mehr stemmen. Die Schulen verlieren so an Attraktivität.“

Wenn die Staatsregierung nicht schnell gegensteuere und kräftig in öffentliche Bildungseinrichtungen investiere, verstärke sich ein Trend, der zu einer gesellschaftlichen Destabilisierung führen könnte: „Immer mehr wohlhabende Familien werden dann ihre Kinder in gut ausgestattete kommerzielle Bildungseinrichtungen schicken. Die Zwei-Klassen-Schulbildung ist programmiert.“ ♦

* Das Sozialforschungsinstitut TNS Emnid befragte im Auftrag des Versandhändlers Jako-o Anfang 2014 telefonisch rund 2100 Mütter und 900 Väter schulpflichtiger Kinder; Zusammenfassung der Studie unter <http://dpaq.de/n6Fbu>